

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Weggezeichnet durch seinen Inhalt und seine Ausstattung...  
Preis monatlich 1,00 Mk. Bei halbjährlicher Bestellung 5,00 Mk. Bei jährlicher Bestellung 10,00 Mk. ...

Sprachstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4-5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Engelbl. Auergebirge. Fernsprecher 53. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Nr. 280

Montag, den 2. Dezember 1918

13. Jahrgang

### Die künftigen Aufgaben der deutschen Republik. Erklärungen Eberts.

#### „Wer ist Bürger?“

In diesen Tagen, wo die Worte Spielbürger und Staatsbürger und Weltbürger und Kleinbürger durch die Luft schwirren und bald als Rufsmittel, häufiger, viel häufiger aber als Scheltname gebraucht werden — muß einmal klar gesagt werden, wer denn nun wirklich Bürger ist.

Besonders jetzt, wo die Demokratie und gewaltige soziale Reformen die Forderung auch des Völkers in sich geworden sind, ist die Grenze so verrückt zwischen den bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie — daß unbedingt der Unterschied zwischen beiden klar gemacht werden muß. Die Begründung des zusammengebrochenen Staates, eine soziale und politische Neuordnung wollen beide. Aber der Bürgerliche will erst den Staat, dann die Reformen, der Sozialdemokrat die Reformen auch vor der Aufrichtung des neuen Staates.

Der Bürgerliche will, daß der Wille des ganzen Volkes bestimmend sein soll, wann und welche Reformen durchgeführt werden, die Sozialdemokraten wollen ihr Parteiprogramm erzwingen. Aber dieses Verlangen der Sozialdemokraten, das aus den Worten der Unabhängigen und den Taten der Parteien für hervorgehoben wird, genügt nicht die Forderung der Mehrheitsentscheidungen, — denen das Volk nicht nachgeben kann. — Die Mehrheitsentscheidungen sagen uns als Volkspartei und fordern daher die Unmöglichkeit ein, plötzlich und während des Bestandes der Staatslosigkeit zu reformieren. Aber auch sie warten nur darauf, daß der Staat aufgerichtet werde und sie in ihm die Mehrheit haben, um sofort an die Sozialreform zu gehen.

Die Sozialdemokraten wollen die Wirtschaftsordnung sozialisieren, — die bürgerlichen Parteien wollen weitgehend soziale Reformen, — beide erstreben den Sozialstaat. — Aber die einen glauben, wir können ihn schon bald aufbauen, den sozialistischen Gleichheitsstaat, — die bürgerlichen wissen, daß es dafür noch der Arbeit von Jahrzehnten erst den Staatsbürger zu formen, die alles verpackt werden kann, ohne Schaden für das Volk und alle Einzelnen.

Gerade darum kommt es bei den Wahlen aber darauf an, daß keine bürgerliche Stimme den sozialistischen demokratischen Parteien verloren geht.

Nicht die Kleidung, nicht die Art der Arbeit, nicht die Stellung im alten Staat und am wenigsten der Besitz macht allein den Bürger aus — sondern die Bestimmung.

Bürger ist jeder, der an Stelle der Unfreiheit verdunete politische und wirtschaftliche Verhältnisse will.

Bürger ist jeder, der alle Arten von Parteiherrschaft verabscheut und eine verantwortliche Regierung will, die nicht aus zufällig emporgeschleuderten Ministern, sondern aus den erwählten wichtigsten Männern des ganzen Volkes besteht.

Bürger ist jeder, der durch seinen Fleiß oder den seiner Eltern Besitz legendenweiser Art eigen nennt und seinen Fleiß zum Wohle des Volkes selbst verwandt will.

Bürger ist jeder, der seine Kinder bei sich behalten, sie nach eigenem besten Können zu Staatsbürgern und tüchtigen Menschen erziehen will, statt sie dem Staat ausliefern zu müssen.

Bürger ist jeder Arbeiter, der die mechanische Schindmühle verabscheut, der sich tüchtig genug acht und verlangen kann, nach seiner Leistung, nicht nur nach der angewendeten Zeit entlohnt zu werden.

Bürger ist jeder Handwerker und Gewerbe-treibende, dem das Gefühl der Selbstständigkeit und Freiheit die Sorgen auflegt und der davon mitarbeiten will, daß im neuen Staat für ihn besser gesorgt werde als im alten und im sozialistischen, denn er weiß, daß die Sozialisierung ihn noch schneller droht als das Großkapital.

Bürger ist jeder Bauer, der auf erstrebter Scholle sitzt und den Grund und Boden nicht einer Allgemeinheit abtreten will, in deren Gremien er arbeiten möchte. Der vom Staate verlangt, daß seine schwere Arbeit geschätzt und anerkannt werde nach dem, was sie für das

Leben des Volkes bedeutet. — Nicht die Sozialdemokratie kann ihm die notwendigen Preise bewilligen, die öffnet die Grenzen fremdem Getreide, ohne an den Bauer zu denken, — sondern nur die bürgerliche Demokratie.

Und Bürger im besten Sinne ist jeder, dem das Wohl des Ganzen über sein eigenes Wohlergehen, ja Leben geht — und darum ist jeder Frontsoldat — ein Bürger.

Ungezählte von diesen Allen haben bisher sozialdemokratisch gewählt, weil sie mit dem alten Staate unzufrieden waren, — sie alle müssen jetzt bürgerlich-demokratisch wählen, denn es gilt den neuen Staat zu bauen nach ihrem Willen.

#### Der Kaiser über den Kriegsausbruch.

Bethmann-Hollweg der Schuldige.

Professor Dr. Wegener schreibt in der „Köln. Ztg.“ über die Vorgänge beim Kriegsausbruch: Ich hatte fünf Tage vor seiner Flucht nach Holland eine Unterredung mit dem Kaiser, in welcher er mir sagte, daß die ganze Politik vor dem Kriege Bethmann und Jagow allein gemacht haben. Ich wußte überhaupt nichts mehr davon. Gegen meinen Willen wurde ich nach Norwegen geschickt. Der Reichskanzler sagte mir: Majestät müssen die Reise antreten, um den Frieden zu bewahren. Wenn Majestät hierbleiben, gibt es einen Krieg und die Welt wird Majestät die Schuld daran zuschieben. Während meines ganzen Aufenthaltes in Norwegen erfuhr ich nur aus den norwegischen Zeitungen, was in der Welt geschah, so auch von dem Fortgang der russischen Mobilisationsvorbereitungen. Als ich dann über das Auslaufen der englischen Flotte hörte, da bin ich auf eigene Faust zurückgekehrt. Wenn die Wäre ich abgefangen worden. Auf meinen Befehl sind auch noch die deutschen Schiffe, die in norwegischen Häfen lagen, zurückgekommen. Professor Dr. Wegener erinnerte dann an die neuen Vorlesungen des ehemaligen russischen Relegationsdirektors Schomakow, die gerade damals durch die Zeitungen gingen und worin er seine bekannten Meinungen über den Befehl zur russischen Mobilisation dahin äußerte, daß der Zar in der Tat nur Befehl zur Mobilisationsbereitschaft gegeben hätte. Das alles ließ der Kaiser nicht gelten. Er blieb bei der ersten Vorlesung Schomakows, wonach der Zar auf seine (des Kaisers) Veranlassung die Mobilisationsbefehl zurückgezogen habe. Janischewitsch aber habe den Zar belogen. Der Befehl sei doch ausgeführt worden, und zwar in der Form einer wirklichen Mobilisation. Es sei durchaus falsch, nur seine Mobilisationsbereitschaft zu behaupten. Diese Mobilisation sei der letzte Grund zum Ausbruch des Krieges gewesen.

#### Bethmanns Erwiderung.

Gegenüber den Behauptungen des Kaisers erklärt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“: Bei der Unterredung unseres Vertriebenen mit Herrn v. Bethmann am 26. November über die wir berichteten, wurden auch die hier erwähnten Vorgänge ausführlich erörtert. Auch Herr v. Bethmann wies darauf hin, daß der Kaiser ihn vor Ausbruch der Flucht nach Norwegen um seine Meinung gefragt habe. Ein Aufschub oder ein völliger Verzicht auf die Abreise wäre zweifellos in der ganzen Welt als ein Zugeständnis eines gerade von Deutschlands Standpunkt aus sehr kritischen Tage empfunden worden. Darum rief Herr v. Bethmann dem Monarchen, die Reise anzutreten und erhoffte daraus eine gewisse Entspannung der allgemeinen Lage. Mit voller Schärfe aber sprach sich Herr v. Bethmann gegen die Unterstellung aus, als habe die Reichsleitung damals den Kaiser auf Reisen geschickt, wie es in der Niederschrift des Professors Wegener heißt, — um nun ungeladeter Krieg treiben zu können.

#### Holland und der Kaiser.

Die holländische Regierung hat eine Kommission eingesetzt, die aus Herrn W. C. J. Vohaus, Professor U. A. Struycken und A. C. Blech besteht, die über die Stellung, die der frühere deutsche Kaiser in Holland einnimmt, Bericht erstatten sollen. Die Kommission wird die Verhältnisse der holländischen Regierung zu den Rechtsfragen zu prüfen haben, die sich aus der Zulassung und dem Verbleib des früheren deutschen Kaisers in Holland ergeben.

#### Zur inneren Lage.

Zur Abdankung des Königs von Württemberg.

König Wilhelm von Württemberg erläßt folgende Rundgebung an das Württembergische Volk: Wie ich schon erklärte, soll meine Person niemals ein Hindernis sein für die Verhältnisse des Landes und für dessen Wohlergehen. Geleitet von diesem Gedanken, lege ich mit dem heutigen Tage die Krone nieder. Allen, die mir in 27 Jahren treu gedient oder mir sonst Gutes erwiesen haben, vor allem auch unseren heldenmütigen Truppen danke ich aus Herzengrund, und erst mit meinem letzten Atemzuge wird meine Liebe zur teuren Heimat und zu ihrem Volk erlöschen. Ich spreche hierbei zugleich im Namen meiner Gemahlin, die nur schweren Herzens ihre Arbeit zum Wohle der Armen und Kranken im bisherigen Umfange niederlegt. Gott segne, behüte und schütze unser geliebtes Württemberg in aller Zukunft. Dies mein Schiedsgruß, gez. Wilhelm.

Zur Abdankung des Königs teilte Minister Bannmann in einer öffentlichen Versammlung mit, die Regierung habe die Pflicht, den Abgang des Königs würdig zu gestalten. Es sei ersahend, daß auch in der provisorischen Regierung alle Mitglieder einzig seien in der Hochachtung der Person des Königs und seiner Regierung.

#### Ein Putzverstoß in Glog.

Ein Glog in Schlesien wird gemeldet: In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend versuchten etwa 60 bis 80 Soldaten, die eine Waffenkammer erbrochen und sich bewaffnet hatten, einen Putz. Ein gewisser Arbeiter, der einen wenig guten Neumund besitzt, war in Spandau, wo er eine Strafe verbüßte, durch die Revolution befreit worden und hat sich in Berlin nach seiner Eingabe der Spartakusgruppe angeschlossen. Von Spandau kam er in Selbstwehrtuniform nach Glog, um hier einen Putz zu veranstalten. So gelang ihm, eine Reihe von Routen für sich zu gewinnen, die er bewaffnet hat. In der Nacht zogen sie unter den Ruf: Nieder mit den Feindmilitären, es lebe die Republik durch die Stadt, wobei Schüsse fielen. Das Ziel der Putzmacher war in erster Linie das militärische Versteckungsdepot, wo sie sich neu einfinden wollten. Der Zug wandte sich dann zur Postkassette. Dort hatten die Soldaten auf die Kunde vom Herannahen der Demonstranten Maschinengewehre aufgestellt. Als auf die Aufforderung: Hände hoch, welches Unverfehlend aus den Reihen der Aufstörer Schüsse fielen, antworteten die Soldaten mit Maschinengewehrfeuer. Zwei der Aufstörer wurden schwer verletzt, einer von ihnen ist schwer Verletzungen erlitten. Arbeiter und zwei weitere Arbeiter sind verhaftet und werden vom Standgericht Schweidnitz abgeurteilt werden. Das hiesige Standgericht hat das Todesurteil über Arbeiter gefällt, das Standgericht mußte jedoch nach dem Plötzlichen des Verleibers in einer erneuten Verhandlung sich für unzuständig erklären und die Angelegenheit nach Schweidnitz überweisen. Auch in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag fielen an verschiedenen Stellen Schüsse, deren Herkunft noch nicht festgestellt werden konnte.

#### Die bayerischen Veröffentlichungen über die Schuld am Kriege.

Die „Neue Züricher Zeitung“ schreibt zu den Münchener Veröffentlichungen über die Vorgeschichte des Krieges: Wie ein solches Vorgehen auf gegnerischer Seite eingeschätzt wird, geht aus Äußerungen der gegnerischen Presse hervor, die darin nur eine Intrige Bayerns gegen Preußen sieht, dem die bayerische Regierung die Schuld nachträglich aufbürden wolle, um selbst von den Feinden bessere Bedingungen zu erhalten.

#### Feindlicher Einmarsch bei Aufnahme des Reiches.

Das Bauer Blatt „Die Republik“ schreibt: Wenn die Extremisten über die Regierung Ebert liegen, wird Frankreich auf lange Zeit keine Regierung vor sich haben, die im Namen des deutschen Volkes sprechen könnte. „Welt Posten“ unterstützt Eismers Verlangen nach Abberufung der Männer des alten Regimes. Kausfert schreibt in demselben Blatte gegen Bayern, daß dieses sich jetzt der Richtigung entgegen wende, aber für seinen Verrat bekräftigt werden müsse. „Action Française“ fordert anlässlich der Schwäche der Regierung Eberts und des Beginnes der Anarchie die Vorbereitung der Allierten, einzugreifen, sowohl bei separatischer, als bei bolschewistischer Reichsaufhebung.

#### Abkürzender Streik in Oberschlesien.

Der oberschlesische Bergarbeiterstreik ist weiter in langsamem Rückgang. Bei der Arbeit am Sonnabend hat sich die Zahl der Ausständigen um weitere 800 Mann gegen den Vortag verringert und beträgt auf 11 Tausend und sechs 6000 Mann.